

Nix mit Basta!

Anfang Dezember einigten sich die Vorsitzenden von DGB, IG BCE, IG Metall, ÖTV und DAG mit Bundeskanzler Schröder und Arbeitsminister Riester auf die **Eckpunkte der Rentendemontage** und die **Einführung der privaten Altersvorsorge**. Es wurde Folgendes vereinbart:

- **ab 2002** Einführung der privaten Altersvorsorge mit 1 % vom Bruttolohn bis zu 4% in 2008
- der Beitragssatz darf **bis 2030** nicht über 22% liegen
- das Rentenniveau sinkt auf 67 %
- **ab 2003** steigen die Renten wie die Bruttolöhne, abzüglich der Beiträge für die private Rentenversicherung und korrigiert um die Veränderung der Beitragssätze der gesetzlichen Rentenversicherung
- **ab 2011** werden die Bruttolöhne nur noch mit 90% gewichtet
- der Ausgleichsfaktor, der ab **2011** die Rentenerhöhung um 0,3% jährlich verringern sollte, wird nicht eingeführt

Wenn es auch mit diesen Vereinbarungen wichtige Veränderungen an dem ursprünglichen Konzept der Bundesregierung gegeben hat, so wiegt die Einführung der privaten Rentenvorsorge und damit die **Aufgabe der paritätischen Finanzierung** die "Verhandlungserfolge" nicht auf. Zumal abzuwarten bleibt, welche Überraschungen das Gesetzgebungsverfahren noch bringen wird. Wird die vereinbarte Rentenhöhe von 67% genauso festgeschrieben wie der Beitragssatz von 22%?

Riester hat schon zu erkennen gegeben, daß für ihn die Festschreibung des Beitragssatzes oberste Priorität hat. Letzten Endes bleibt festzuhalten, daß die Gewerkschaftsvorstände eine Verschlechterung der Rentenleistungen zugunsten der **Kostenentlastung für die Unternehmer** zugestimmt haben. Es wird Zeit, daß die Gewerkschaften sich über die Ergebnisse ihrer Politik in den letzten Jahren Gedanken machen. Auch im letzten Jahr reichten die Tariferhöhungen kaum aus, die Teuerungsrate auszugleichen. Die neueste Erhebung über die **Anzahl der Überstunden** belegt, daß die Unternehmer sich einen Dreck um Absprachen beim Bündnis für Arbeit am Kanzlertisch scheren. Und daß die Unternehmer sich besonders viele Gedanken um den Abbau der Arbeitslosigkeit machen würden, ist auch nicht festzustellen. Stattdessen wird permanent der **Druck in den Betrieben erhöht**, um möglichst hohe Profite einzufahren.

Die Delegierten der Gewerkschaftstage von IG Medien und HBV haben Konsequenzen aus den Ergebnissen der Politik der Zusammenarbeit mit Politik und Kapital gezogen. Sie haben sich jeweils mit satten 90% Mehrheiten gegen die Empfehlung ihrer Vorstände, für die **Beendigung des Bündnis für Arbeit** ausgesprochen. Das wäre die richtige Konsequenz, die aber leider nicht von den Vorständen umgesetzt wird. In der Logik der Politik des Rentenkompromisses läge die Flankierung der Aufgabe der paritätischen Finanzierung und der Privatisierung von Leistungen in der Kranken-, der Arbeitslosen- und der Pflegeversicherung durch die Gewerkschaften. Die Aussage des Noch-DAG-Vorsitzenden Issen, nachdem Arbeitlose und Sozialhilfeempfänger zu jeder Arbeit gezwungen werden sollen, demonstriert, zu welchen inhaltlichen Positionen Gewerkschaftsfunktionäre gelangen können, wenn sie gewerkschaftliche Positionen aufgeben.